

JAHRESBERICHT 2005

Wie in den vergangenen Jahren, soll auch dieser Bericht unseren Mitgliedern und Freunden, den an der Arbeit der Verbindungsstelle interessierten Institutionen und Verbänden, aber auch einer möglichst breiten Öffentlichkeit, einen zusammenfassenden Überblick über Veranstaltungen und andere Aktivitäten der Verbindungsstelle im Jahr 2005 geben. Außerdem soll er einen kurzen Rückblick auf das wirtschaftliche Geschehen in Industrie, gewerblicher Wirtschaft und Dienstleistungsunternehmen einerseits und der Landwirtschaft andererseits darstellen und zudem aufzeigen, welche Erwartungen die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu Beginn des Jahres 2006 hegen. Sowohl beim Rückblick als auch bei der Schilderung der Erwartungen treten die zum Teil unterschiedlichen Auffassungen der einzelnen Wirtschaftszweige und ihren Verbänden, der Wissenschaft und Politik zutage. Als Quellen für diesen Teil des Berichtes dienten u. a. wiederum entsprechende Veröffentlichungen, insbesondere des DIHK, des Deutschen Bauernverbandes, der Bundesregierung und der Wissenschaft.

Die Erwartungen der Deutschen Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2005 hatten wir im letzten Jahresbericht etwa so beschrieben:

Zum Jahreswechsel stellte der DIHK-Industriereport 2004/2005 nach fast 10.000 Antworten auf eine entsprechende Umfrage bei Industrieunternehmen fest: Konjunkturpesimismus ist zum Jahresende 2004 fehl am Platz.

Die deutsche Industrie gehe mit „beachtlicher Zuversicht“ ins Jahr 2005 und die industrielle Produktion werde mit 2 Prozent stärker als andere Wirtschaftssektoren zum Anstieg des realen gesamtwirtschaftlichen Bruttoinlandsproduktes (BIP) beitragen.

Der DIHK hält vor dem Hintergrund an seiner BIP-Wachstumsprognose von 1,5 Prozent für das kommende Jahr fest.

Auch die DIHK-Konjunkturumfrage im Februar 2005 klingt optimistisch: Die Konjunktur hat zuletzt wieder Fahrt aufgenommen. Die Unternehmensangaben deuten zu Jahresbeginn 2005 an, dass der Wachstumspfad breiter geworden ist. Die konjunkturelle Entwicklung kommt mithin einen Gang voran. Der Export zeigt sich gegenüber dem gestiegenen Euro-Außenwert als sehr widerstandsfähig; hinzu gesellen sich erstmals seit langem wieder spürbare binnenwirtschaftliche Kräfte, die das Lageurteil der Unternehmen aufhellen.

Den größten Optimismus verbreitet Wirtschaftsminister Wolfgang Clement in dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, in dem vorausgesagt wird, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 1,5 bis 2,0 Prozent wachsen werde. Die Arbeitslosigkeit werde um bis zu 20 Prozent sinken und bis zu 600.000 Ein-Euro-Jobs werden in Aussicht gestellt.

Ein Zitat aus dem Entwurf des Jahreswirtschaftsberichtes lautet:

„Deutschland hat das Potenzial für einen lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung.“

Der deutschen Wirtschaft bleibt also – wieder einmal – zu Beginn des Jahres 2005 die Hoffnung, dass wenigstens ein Teil der optimistischen Prognosen Wahrheit wird.

Tatsächlich schienen sich in den ersten Monaten des Jahres 2005 die optimistischen Voraussagen zu bestätigen:

Der **Industriereport 2004/2005 des DIHK** mit einer BIP-Wachstumsprognose von 1,5 Prozent und „beachtlicher Zuversicht“, die „Frohe Botschaft“ von Wirtschaftsminister Clement „Alles wird gut“ und die Lageeinschätzung der **DIHK-Frühjahrsumfrage**, dass die konjunkturelle Entwicklung einen Gang voran kommt, waren Anzeichen dafür.

Aber schon diese Umfrage ergab auch:

Die deutsche Konjunktur kommt im weiteren Jahresverlauf 2005 schleppend voran. Zu einer merklichen Wachstumsbeschleunigung reichen die konjunkturellen Impulse nach Angaben der Unternehmen nicht aus. Erstmals seit vier Jahren kommt die Binnenwirtschaft aber wieder zu Kräften und kompensiert dadurch die verringerte Intensität des Auslandsgeschäfts. Leicht anziehende Unternehmensinvestitionen schlagen sich indes kaum auf dem heimischen Arbeitsmarkt nieder – der private Verbrauch in Deutschland wird sich infolgedessen nur zögerlich erholen.

Bereits die **DIHK-Konjunkturumfrage im Frühsommer 2005** stellt fest, dass die Konjunktur zuletzt einen heftigen Dämpfer erhalten hat. Erstmals seit acht Umfragen beurteilen die Unternehmen ihre Geschäftslage wieder schlechter – und zwar spürbar auf breiter Front. Ein leicht verringertes außenwirtschaftliches Drehmoment sowie eine – gemessen an den Erwartungen zu Jahresbeginn – enttäuschende Binnennachfrage sind Ursache dafür, dass die Geschäfte nach dem ermutigenden Start ins Jahr 2005 wieder schwächer laufen.

Die von der Bundesregierung geplanten und in die richtige Richtung laufenden, aber nicht konsequent angefassten und umgesetzten Reformen dämpften offensichtlich auch die Erwartungen der Unternehmen, die in der Umfrage u. a. feststellten:

Die Konjunktur wird schon wieder kurzatmiger: Der leicht gedrosselten Expansion des Exportgeschäfts setzt die Binnenwirtschaft im weiteren Jahresverlauf nur wenig entgegen. Einzig die Investitionen der Unternehmen rappeln sich im Gesamtjahr 2005 etwas auf.

Nach Einschätzungen der Unternehmen bleiben Investitionen, Beschäftigung und letztlich der Konsum jedoch weiter hinter dem zurück, was in normalen Erholungsphasen der Konjunktur zu erwarten gewesen wäre. Der Konjunktur droht somit eine langsame Gangart, aber kein Absturz.

Leider wird sich auch der Abbau von Personal in diesem Jahr fortsetzen, denn der hohe Wettbewerbsdruck auf den internationalen Märkten zwingt insbesondere die Industrie, weiter zu rationalisieren.

Die im Oktober veröffentlichte **DIHK-Konjunkturumfrage im Herbst 2005**, basierend auf 25.000 repräsentativ ausgewählten Unternehmensantworten, war sicher beeinflusst durch die überraschend erfolgte Neuwahl des Bundestages mit dem Ergebnis einer Großen Koalition und stellte fest:

Die Konjunktur hat ihre kurze Schwächephase überwunden. Die Geschäftslage vieler exportorientierter Unternehmen verbessert sich im Windschatten der Weltwirtschaft, die trotz gestiegener Energiepreise nach wie vor expandiert. Aber auch binnenwirtschaftliche Kräfte scheinen sich endlich von ihren Fesseln zu lösen: Investitionsgüterhersteller, aber auch einige konsumnahe Branchen partizipieren an einer sich regenden Inlandsnachfrage. Die Konjunktur ist folglich zurück in der Spur ihrer sachten Erholung.

Es geht weiter aufwärts. Die Konjunktur wird jedoch im Jahr 2006 wenig an Schwung gewinnen. Der gesamtwirtschaftliche Zuwachs fällt nur etwas stärker aus als in diesem Jahr. Nachdem die Konjunktur zuletzt auch durch die rasant angestiegenen Ölpreise bereits angezählt war, bekommt sie die zweite Luft. Wachstumsorientierte Weichenstellungen bei den anstehenden Koalitionsvereinbarungen sind hierfür aber die Voraussetzung. Binnenorientierte Branchen aller Wirtschaftszweige erwarten, dass die deutsche Konjunktur neben der inländischen Investitionstätigkeit noch einen weiteren Begleiter findet – und zwar den Konsum.

Zum Jahreswechsel stellte der **DIHK-Industriereport 2005/2006** nach fast 10.000 Antworten auf eine entsprechende Umfrage fest:

Die Angaben der Industrieunternehmen geben Anlass zur konjunkturellen Zuversicht für das Jahr 2006. Im nächsten Jahr wird die industrielle Produktion erneut ansteigen – wengleich mit 2 Prozent nicht so stark wie im Jahr 2005. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum von real rd. 1,5 Prozent wird damit von der Industrie nur noch leicht übertroffen.

Die Geschäftslage der Industrie hat sich aufgrund der weitgehend robusten Weltkonjunktur und einer leicht belebten Inlandsnachfrage insbesondere nach Investitionsgütern zuletzt wieder verbessert. Die Industrieproduktion des Jahres 2005 wird real rund 2,5 Prozent höher liegen als im Vorjahr. Für 2006 erhoffen sich die Konsumgüterhersteller, dass die Verbraucher ihre Kaufzurückhaltung etwas aufgeben. Weniger negative Nachrichten vom Arbeitsmarkt könnte die Kaufbereitschaft ebenso entlasten wie die Umsetzung bislang aufgestauter Kaufentscheidungen.

Der Export bleibt zwar auch 2006 die wichtigste Wachstumsstütze der Industrie, wird aber weniger wachsen als in den letzten Jahren. Die Exporthoffnungen sind aber noch immer deutlich positiv.

Auch der **Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung** in München, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, sagte in seiner Konjunktur-Prognose 2006: **Der Aufschwung hat an Breite und Stärke gewonnen** und die Stimmung in der Wirtschaft ist so gut wie seit fünf Jahren nicht mehr.

Auch die Bundesregierung hofft in ihrem Jahreswirtschaftsbericht, dass 2006 auch ein Wachstum von bis zu 2 Prozent möglich sein und die Zahl der Erwerbslosen leicht sinken kann. Gleichwohl hat die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, ihre Regierung davor gewarnt, durch unrealistische Zahlen übertriebene Erwartungen zu wecken: **Es ist wichtig, verantwortungsvolle Prognosen abzugeben, um die Menschen nicht – wie so oft vorher – zu enttäuschen.**

Die Lage der deutschen Landwirtschaft zu Beginn des Jahres 2005 war geprägt durch die Erkenntnis, dass ab 2005 die deutschen Landwirte unter den Bedingungen der neuerlichen EU-Agrarreform wirtschaften müssen, die sich mit den Schlagworten „Entkopplung“ und „Cross Compliance“ umschreiben lässt.

Politische Geschäftsgrundlage für die Agrarreform war und ist die Festschreibung der EU-Agrarausgaben bis zum Jahr 2013.

Cross-Compliance, also die Bindung der Direktzahlungen an Verbraucher-, Umwelt und Tierschutzstandards, darf nicht zu einer überbordenden Kontrollbürokratie ausufern. Es muss gelingen, die von der EU vorgegebenen Kontrollen sinnvoll zu bündeln und auf wenige, repräsentative Kriterien zu beschränken. Auch müssen gerade mit Blick auf Cross Compliance alle nationalen Alleingänge im Fachrecht auf den Prüfstand.

Dabei gibt es – wie es auch die damalige Bundesregierung sah – durchaus enorme Chancen für die Landwirte im Bereich der erneuerbaren Energien.

Tatsächlich war das Jahr 2005 für die Landwirtschaft ein turbulentes Jahr mit vielen Neuerungen. Gleich mehrere Herausforderungen hatten Landwirtschaft, Berufsverband und Agrarverwaltung in diesem Jahr zu schultern. Die Umsetzung der EU-Agrarreform zählt dazu aber insbesondere in Niedersachsen auch die Agrarverwaltungsreform und die Umstellung auf die elektronische Flächenerfassung. Mit den Ergebnissen der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wurde eine von weiten Teilen in der Landwirtschaft als eine gewisse Befreiung empfundene Kräfteverschiebung eingeleitet, die aber mit dem so nicht erwarteten Ausgang der Bundestagswahl und den mühsamen Koalitionsverhandlungen wieder deutliche Dämpfer erhielt.

Neue Negativrekorde in der Billigpreisstrategie des Lebensmittelhandels lösten Empörung und massive Proteste beim Berufsstand aus. Nervosität und Enttäuschung brachte die Witterung im Sommer bei den Erträgen und der Preisentwicklung bei Getreide.

Die Ernte 2005 wurde zum „Nerventest“. Kriminelle Skandale in der Abfall und Fleisch verarbeitenden Wirtschaft werden vor dem Hintergrund der eigenen Anstrengungen zur Qualitätssicherung mit Unverständnis und wachsendem Unbehagen kritisiert. Mit großer Sorge schließlich beobachten die Landwirte die immer weiter gehenden Zugeständnisse der EU-Unterhändler zu Lasten der europäischen Landwirtschaft bei den WTO-Verhandlungen – ein Entgegenkommen der Verhandlungspartner oder gar Fortschritte in nicht landwirtschaftlichen Sektoren sind nicht festzustellen. Deutschland hat sich für kein einfaches Modell bei der Umsetzung der EU-Agrarreform entschieden, dies wird immer deutlicher! Ständig neue Probleme stellen hohe Anforderungen an Landwirte und Berater und machen es für den landwirtschaftlichen Unternehmer schwierig, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

In dem im Dezember 2005 veröffentlichten „Situationsbericht 2005“ legt der Deutsche Bauernverband (DBV) eine Analyse der wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft auf Grund von 20.200 Jahresabschlüssen von landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben vor und stellt darin fest:

Zwar hat sich die wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft nach einer dreijährigen Durststrecke im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 2004/05 (1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005) verbessert. Die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe konnten ihr Unternehmensergebnis von 25.400 Euro auf 34.600 Euro je Betrieb erhöhen. Die Hauptursachen für die verbesserten Erträge liegen in der deutlichen Erholung der Erzeugerpreise für Schweine und Rinder, den gesunkenen Aufwendungen für Futtermittel und der Einführung der Milchprämie. Die guten Ernteergebnisse schlugen sich nur insoweit positiv nieder, als sich auch die Erzeugerpreise stabil entwickelten, etwa bei Raps.

Negativ wirkten sich vor allem die gestiegenen Kosten bei Energie und Treibstoffen sowie bei Viehzukäufen aus. In der Entwicklung der Erträge gibt es aber große Unterschiede zwischen den Betriebsformen. Trotz dieser Ergebnissteigerung liegt das monatliche Bruttoeinkommen bei nur etwa 2.000 Euro je Arbeitskraft, etwa 9 Prozent unter dem gewerblichen Vergleichslohn. Zu befürchten ist aber, dass die Entwicklung des Wirtschaftsjahres 2004/05 nur ein Zwischenhoch war. Im laufenden Wirtschaftsjahr 2005/06 (1.7.2005 bis 30.6.2006) wird vor allem mit preisbedingt stark steigenden Aufwendungen für Treibstoffe, Energie und Düngemitteln gerechnet.

Auf der Erlösseite wird eine rückläufige Tendenz erwartet. Gründe sind vor allem deutlich geringere Ernten und eher niedrige Erzeugerpreise für tierische Erzeugnisse. Steuer- und Abgabenerhöhungen bei Agrardiesel und Landwirtschaftlicher Unfallversicherung werden ebenfalls wirksam. Durch die nationale Umsetzung der GAP-Reform (Kombimodell) wird es in einzelnen Regionen und Betriebsformen zu deutlichen Veränderungen bei den Direktzahlungen kommen. Hiervon sind insbesondere Ackerbaubetriebe betroffen. In einzelnen Ländern werden sich zudem Kürzungen bei der Ausgleichszulage und bei Agrarumweltzahlungen bemerkbar machen.

Im Ergebnis wird mit einem Rückgang der Unternehmensergebnisse gerechnet. Dass die wirtschaftliche Erholung der Landwirtschaft noch keinen Anlass für überschäumenden Optimismus gibt, zeigen auch die Bruttoinvestitionen. Diese sind im Wirtschaftsjahr 2004/2005 rückläufig. Die Ergebnisse des Konjunkturbarometers Agrar lassen hoffen, dass sich zumindest die Gebäudeinvestitionen in 2005/06 wieder positiv entwickeln.

Der deutsche Bauernverband hatte vor der Bundestagswahl von den Parteien einen agrarpolitischen Richtungswechsel eingefordert. Er erwartet von der Politik, dass diese die wirtschaftliche Leistungskraft der Landwirtschaft und ihre Wettbewerbssituation besser unterstützt. Auch die Landwirtschaft erhofft sich für das Jahr 2006, dass die Bundesregierung Impulse für Investitionen und neue Arbeitsplätze in der gesamten Wirtschaft auslöst, denn nur von einem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung profitieren alle Bereiche.

Auch im Jahr 2005 bildeten eine Reihe von Veranstaltungen die Schwerpunkte der satzungsgemäßen Arbeit der Verbindungsstelle.

Bei der vor dem Jahreswechsel üblichen gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Beirat am 15. Dezember 2004 in der Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau (LVG) der Landwirtschaftskammer Hannover in Ahlem wurde u. a. das Arbeitsprogramm für das Jahr 2005 beraten. Die hierbei beschlossene Terminplanung wurde den Mitgliedern und ständigen Ansprechpartnern der Verbindungsstelle für ihre eigene Terminplanung Anfang Januar 2005 in dem seit Jahren üblichen Jahresbeginn-Rundschreiben mitgeteilt.

Als erste Veranstaltung des Jahres 2005 fand am 16. März ein Podiumsgespräch im Plenarsaal der Industrie- und Handelskammer in Hannover statt, das sich mit dem Thema befasste:

„Neugestaltung der Zuckermarktordnung vor dem Hintergrund der WTO-Verhandlungen“

Die im Jahr 2003 getroffene Entscheidung des EU-Agrarministerrates über eine neuerliche Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die auch bessere Voraussetzungen für Europa bei den anstehenden WTO-Verhandlungen schaffen soll, erzwingt auch eine einschneidende Neugestaltung der Zuckermarktordnung. Hierbei stoßen die teilweise gegensätzlichen Interessen von Landwirtschaft und Zucker verarbeitender Industrie aufeinander.

Hierzu äußerten Vertreter aus Wissenschaft, Landwirtschaft, Produktion und Verarbeitung ihre Meinungen und diskutierten diese auch unter Einbeziehung der Veranstaltungsteilnehmer.

Dem Podium gehörten an:

Einführungsreferat:

Frau Professor Dr. Martina Brockmeier,
Leiterin des Instituts Marktanalyse
und Agrarhandelspolitik der FAL in Braunschweig

Podium:

- **Dr. Heinrich-Hubertus Helmke,**
Dachverband der Niedersächsischen
Zuckerrübenanbauer (DNZ)

- **Dr. Ulrich Nöhle**
Vorsitzender des Vorstandes der
Nordzucker AG, Braunschweig

- **Dr. Klaus Lellé,**
Geschäftsführer der Halloren Schokoladenfabrik GmbH in Halle

Moderation:

- **Dr. Christian Schmidt,**
Marketinggesellschaft für niedersächsische
Agrarprodukte e. V., Hannover

Der Vorsitzende des Vorstandes der Verbindungsstelle, **Herr Ing. agr. Henning Ziegenmeier**, konnte im gut besetzten Plenarsaal 75 Gäste zu dieser Veranstaltung begrüßen und stellte fest, dass auch nach dem 50. Jahr des Bestehens der Verbindungsstelle diese in Ihrem Bemühen nicht nachlassen werde, die immer wieder auftauchenden wirtschaftlichen Probleme bei der Zusammenarbeit von Landwirtschaft und mit ihr verbundenen Industriebereichen sachlich und fachlich fundiert zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen. Er stellte aber auch mit Bedauern fest, dass nach seiner Meinung die von Wissenschaftlern und Unternehmern mit hohem Sachverstand diskutierten und erhofften Chancen in einem globalisierten Markt von morgen von den heute agierenden Politikern nicht entsprechend gewürdigt werden.

Anschließend übergab er das Wort an den Moderator der Veranstaltung, **Herrn Dr. Christian Schmidt**, der zunächst die Teilnehmer des Podiums vorstellte und den geplanten Ablauf der Veranstaltung erläuterte. Dabei ging er zu den einzelnen Podiumsteilnehmern auf deren persönliche besondere berufliche Ausbildung, ihre bisherigen nationalen und internationalen Tätigkeiten und ihre augenblicklichen Aufgaben ein.

Dann bat er **Frau Professor Dr. Brockmeier**, ihr Einführungsreferat zu halten.

Frau Prof. Dr. Brockmeier stellte ihrem Vortrag die Bemerkung voran, dass sie versuchen werde, die aktuellsten Entwicklungen der WTO-Verhandlungen und dabei im Bereich des Zuckermarktes vorzustellen, um eine gemeinsame Basis zu bilden, auf der dann gemeinsam diskutiert werden kann. Dabei werde sie sich bemühen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Untersuchungsergebnisse der Arbeiten in der FAL möglichst wertneutral darzustellen, obwohl sie keinen Hehl daraus machte, dass sie selbst liberal und rein ökonomisch denke. Sie verwies auch darauf, dass die FAL zur Zeit dabei ist, verschiedene Modelle einer reformierten Zuckermarktordnung zu erstellen, um der Landwirtschaft darzustellen, was diese Reform für sie bedeutet und welche Alternativen eventuell denkbar sind.

In ihrer sehr ausführlichen, computergestützten und projizierten Präsentation – ging Frau Prof. Brockmeier zunächst auf die Historie der WTO-Verhandlungen ein und bezeichnete das sogenannte **Doha-Mandat** vom 14. November 2001 als Ausgangspunkt dafür, dass die WTO-Mitglieder damit eine Selbstverpflichtung zur Verbesserung des Marktzuganges mit dem Ziel einer drastischen Senkung, bzw. Abschaffung von Zöllen eingingen. Sie erläuterte ausführlich den sogenannten **Harbison-Vorschlag**, auf dessen Basis sich die WTO-Mitglieder am 31. März 2003 auf Formeln für den Marktzugang und Modalitäten einigten, wies auf die Entwürfe einzelner Gruppen im August 2003 hin, das Scheitern der Verhandlungen am 14. September in Cancun und erläuterte die am 31. Juli 2004 anerkannten „**Doha Work Programme July Package**“. Dieses Programm unterscheidet sich erheblich von dem vorher relevanten **Harbison-Modell**.

Beim Marktzugang soll die Kürzung der Zölle innerhalb mehrerer Bandbreiten erfolgen; Zoll-Kürzungssätze sollen aber um so höher sein, je höher der Zollsatz ist.

Bei den Exportsubventionen, die im Zuckermarkt große Bedeutung haben, soll ein vollständiger Abbau mit jährlich ansteigenden Abbauraten erfolgen und die inländische Stützung soll reduziert werden.

Es erfolgte also nur eine Einigung auf ein „Gerüst“ und auf „bestimmte Größenordnungen“, gleichwohl wurden aber viele Fragen offen gelassen.

Anschließend ging Frau Prof. Brockmeier auf eine Reihe weiterer Herausforderungen bei einer Reform der EU-Zuckermarktordnung ein, wie Verteilung der Zucker-Quote an die neuen Mitgliedsländer, die Reduktion der Zölle bis zur Zollfreiheit 2009/2010, Subventionierung des Quotenzuckers (Quersubventionierung) u.s.w.

Frau Prof. Brockmeier behandelte dann die Frage, warum brauchen wir eine Reform der Zuckermarktordnung?

Hier einige Argumente:

- ZMO in ihrer derzeitigen Form ist nicht haltbar („sturmreif geschossen“)
- Einziges Überbleibsel einer „alten“ gemeinsamen Agrarpolitik, die zunehmend auf Wettbewerb und entkoppelte Direktzahlungen setzt
- ZMO hat keine ausreichende politische Unterstützung mehr
- Zu hohe Preise für Verbraucher und industrielle Verwerter (Rechnungshof der EG: Kosten für den EU-Verbraucher 6,5 Mrd. € (2003))
- Verzerrung des Weltzuckermarktes: Effektive Forderungen der NGOs nach einer EU-ZMO-Reform
- Reform der Agrarpolitik für den Zuckermarkt in anderen Ländern gefordert

Betrachtet man einige wesentliche Eckpunkte der vorgeschlagenen ZMO-Reform, dann ist es nicht verwunderlich, dass nicht nur die Landwirtschaft, sondern ebenso die EU-Kommission schwere Bedenken erhebt und Widerstand ankündigt.

Solche Eckpunkte sind u. a. z. B. Zusammenlegungen von A- und B-Quote, Kürzung der Quote, Abschaffung der Intervention, erhebliche Kürzung des Rübenmindestpreises und entkoppelte Direktbeihilfen; aber auch Pflicht zu einer privaten Lagerhaltung, erhebliche Unterstützungsbeihilfen für die Zuckerindustrie, Entschädigungszahlungen für die Landwirtschaft.

Der aktuelle Stand der laufenden Verhandlungen besagt, dass die endgültige Entscheidung im WTO-Panel im April 2005 abgewartet wird, um dann im November/Dezember 2005 eine Einigung im Ministerrat der EU zu erzielen. Bei den vorgesehenen drastischen Preissenkungen bei Zuckerrüben in der EU, einer rigorosen Kürzung der Quoten und einem Verzicht auf die Produktion von C-Zucker werden Länder bzw. Regionen den Rübenanbau aufgeben und auch Länder mit hohen AKP-Zuckerquoten werden bei einer Reduzierung des Rohzuckerpreises von derzeit 497 €/t auf 329 €/t keinen Zucker mehr liefern.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Schmidt, welchen Rat Frau Prof. Brockmeier als Institutsleiterin der FAL der Politik geben würde, sagte sie:

Will die Politik - in Deutschland und Europa – den Zuckerrübenanbau erhalten, so muss sie das klar und eindeutig zum Ausdruck bringen. Wenn sie dies tatsächlich will, bleibt nur der jetzt eingeschlagene Weg – ähnlich wie im Milchmarkt:

Quoten kürzen, wenn möglich sogar abschaffen. Sollte sich die Politik aber anders entscheiden, vor dem Hintergrund eines globalen Marktes und der Erkenntnis, dass 80 % des Zuckers aus Zuckerrohr und nur 20 % aus Rüben gewonnen werden, bleibt langfristig nur eine völlige Liberalisierung.

In seinem Statement und einer Reihe weiterer Diskussionsbeiträge, stellte **Herr Dr. Ulrich Nöhle** zunächst fest, dass Frau Prof. Brockmeier in ihrem Vortrag die Situation, in der die Politik nun entscheiden muss, anhand von Zahlen klar und zutreffend dargestellt hat. Die Reform der Zuckermarktordnung (ZMO) der EU ist aber kein rein europäisches, sondern ein Thema der WTO. Wir sind Mitglied der WTO und müssen mit dieser Organisation und ihren Forderungen klar kommen.

Diese Forderungen sind Abbau von Exportsubventionen, freier Marktzugang und Abbau von inländischer Stützung. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass in einem Land der sogen. „Dritten Welt“ alles billiger ist als hier und warum dies so ist. Billigere Löhne, geringere Sozialstrukturen und weniger strenge bzw. gar keine Umweltauflagen sind ähnliche Rahmenbedingungen wie hier vor hundert Jahren. Also müssten wir hier Waren nicht mehr produzieren, sondern aus den billigeren Ländern importieren. Dabei stellt sich die Frage, ob sich WTO-Verhandlungen ausschließlich auf Zölle und Subventionen beziehen dürfen.

Es kann doch nicht der Sinn der WTO als Organisation sein, hier in Europa die Produktion aufzugeben und die Waren dort zu kaufen, wo die Menschen unter den Bedingungen des letzten Jahrhunderts leben.

Herr Dr. Nöhle stellte auch die Frage, wem hilft die Reform? Die Kosten der EU werden höher sein als die heutigen Kosten der ZMO, also wird es keinen Nutznießer geben.

Dann machte Herr Dr. Nöhle Vorschläge zur Weiterentwicklung der ZMO: **Entwicklungshilfe vor Ort; Verhinderung von Quersubventionen; wenn Quotierung, dann für alle; moderates Drehen and der Preisschraube; lange Übergangsfristen; Alternativen für europäische Landwirte und strengste Ursprungsregeln.**

Allerdings: Gar nichts zu tun, kann auch nicht im Sinne der Weltgemeinschaft sein.

Auf die Frage des Moderators, was die WTO-Verhandlungen wohl den Landwirten bringen und was sie von der WTO und der Zuckermarktindustrie erwarten, ging **Herr Dr. Helmcke** ein.

Untersuchungen über die Auswirkungen der angestrebten Reform haben ergeben, dass auf die Zuckerrüben anbauenden Betriebe, insbesondere in Südniedersachsen, Einkommenseinbußen von bis zu 60 % zukommen; man sollte bedenken, dass hier verdientes Geld auch hier ausgegeben wird. Wir wollen zunächst die endgültigen Verhandlungsergebnisse bei der WTO abwarten, denn noch ist vieles unklar und ein letztlicher Kompromiss von 158 WTO-Ländern kommt eventuell zu geringeren Einschnitten bei Quoten und Preisen und ziehe sich möglicherweise über einen längeren Zeitpunkt hin. Die Landwirtschaft weiß, dass es Veränderungen und auch Einkommenseinbußen geben wird, ebenso wie die Zuckerindustrie weiß, dass sich Strukturen ändern müssen. Betriebe, die weiter bestehen wollen, werden sich anpassen, andere werden Möglichkeiten finden, auszusteiern. Ein geordneter Rückzug, auch mit der Suche nach Alternativen, ist gefragt; aber eines ist sicher: Nur die Besten werden Geld verdienen.

Vom Moderator gefragt, ob nach einer ZMO-Reform nun „Goldene Zeiten“ für die Hersteller von Süßwaren und Schokolade anbrechen, wenn Zucker bis zu 30 % billiger wird und ob es für sie bei einer weitgehenden Liberalisierung des Welt-Zuckermarktes gleichgültig ist, woher der Zucker für ihre Produktion kommt, antwortete **Herr Klaus Lellé**, Schokoladenproduzent in Halle.

Zucker wird in zu großer Menge erzeugt, es wird vor allem zu viel exportiert und zu viel subventioniert. Deshalb muss eine Reform des Zuckermarktes erfolgen. Beim Einkauf von Zucker finden die Käufer keinen eigentlichen Markt, denn die wenigen großen Zuckerproduzenten in Europa agieren fast kartellartig und über den Preis kann man ohnehin kaum sprechen. Hohe Einfuhrzölle verhindern einen günstigen Einkauf von Importzucker. Eine Öffnung des Marktes wird von den Süßwarenherstellern begrüßt, da sie mit ihren Produkten am internationalen Markt im Wettbewerb stehen. Ein direkter Wettbewerbsvorteil durch einen niedrigen Zuckerpreis entsteht dem Süßwarenhersteller nicht, da er den Preisvorteil an den Händler weiter geben muss, sodass höchstens der Verbraucher profitiert. Zucker ist ein austauschbares Produkt und regionale Produkte mit hohen Qualitätsmaßstäben sind deshalb kein besonderer Vorteil, weil die Qualitätsstandards bei Zucker angeglichen sind und werden. Um wachsen zu können, müssen die Unternehmen der Süßwarenindustrie auf den Exportmärkten aktiv werden. Überschüsse bei Zucker müssen abgebaut und Exporterstattungen reduziert werden.

Dem Gespräch innerhalb des Podiums folgte eine ausführliche, von Sachverstand geprägte, aber auch teilweise leidenschaftlich geführte Diskussion zu den vorgetragenen, teils unterschiedlichen Ansichten unter Beteiligung zahlreicher Zuhörer. Dabei ging es u. a. um Konsequenzen beim Rückgang des Rübenanbaues in Europa, der Lebensmittelversorgung und – Sicherheit für 450 Mio. Menschen in Europa und der Forderung, dass weltweite Liberalisierung – wenn schon – dann in allen Bereichen, also bei Löhnen, Betriebsmitteln und Umweltfragen, erfolgen muss.

Am Ende der Veranstaltung sagte **Herr Dr. Schmidt** als Moderator: Wir haben heute sehr profunde gehört, wie die Reform der ZMO unter dem Gesichtspunkt der WTO-Verhandlungen zu beurteilen ist, wohin der Weg führen kann; wir haben dabei auch erfahren, dass es um statistische Zahlen und komplexe Vorgänge geht.

Am 20. April fand zunächst die zur Vorbereitung der sich anschließenden Mitgliederversammlung übliche gemeinsame **Sitzung von Vorstand und Beirat** statt, bei der es insbesondere um die Vorschläge für Ergänzungswahlen zum Beirat und den Wechsel im Vorstandsvorsitz ging.

Entsprechend den bisherigen Gepflogenheiten wechselt der Vorstandsvorsitz nach der Hälfte der vierjährigen Wahlperiode zwischen dem Vertreter der Landwirtschaft und dem der gewerblichen Wirtschaft.

Mit Ablauf der sich anschließenden Mitgliederversammlung geht also, entsprechend dem Vorstandsbeschluss vom 7. Mai 2003, der Vorsitz an **Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Meinecke** über und **Herr Ing. agr. Henning Ziegenmeier** ist nun stellvertretender Vorsitzender.

Zu dieser **Mitglieder-Jahresversammlung** konnte der Vorsitzende des Vorstandes der Verbindungsstelle, **Ing. agr. Henning Ziegenmeier**, 50 Mitglieder und Gäste im Plenarsaal der Industrie- und Handelskammer Hannover begrüßen. Neben den erforderlichen Regularien – Jahresbericht und Jahresabrechnung 2004, Entlastung von Vorstand und Geschäftsführung, Haushaltsplan 2005 und Vorlage des Veranstaltungsplanes 2005 – fanden Ergänzungswahlen zum Beirat statt. Entsprechend der Beratung in der vorangegangenen gemeinsamen Sitzung schlugen Vorstand und Beirat der Mitgliederversammlung vor, folgende Herren in den Beirat zu wählen:

- **Herr Dr. Rüdiger Fuhrmann, Bankdirektor, Nord/LB**
- **Herr Thomas Vorholt, Mitglied des Vorstandes der VGH, Hannover**

Gemäß § 7 (1) der Satzung wählte die Mitgliederversammlung in einzelnen Wahlgängen die Vorgeschlagenen jeweils einstimmig in den Beirat.

Zu dem im Anschluss an die Regularien üblichen Vortrag begrüßte der Vorsitzende als Redner der diesjährigen Mitgliederversammlung

Herrn Professor H.-G. Redeker,

Vorsitzender des Vorstandes der ELV-Elektronik AG in Leer.

Sein Unternehmen ELV ist eine international operierende Unternehmensgruppe mit einem außergewöhnlich vielfältigen Leistungsangebot und ist eines der führenden Elektronik-Verandhäuser Europas.

Prof. Redeker bedankte sich für die Einladung zur Jahresversammlung und kündigte an, dass sein Vortrag nicht aus einer Aufzählung von Daten seines von ihm vor über 25 Jahre gegründeten Unternehmens bestehen würde, sondern dass er sich drei Schwerpunkte herausgesucht habe, die, wie er hoffe – in einer computergestützten und projizierten Präsentation dargeboten – den Anspruch erfüllen, sowohl informativ als auch unterhaltsam zu sein:

Der erste Teil seiner Ausführungen stand unter dem Stichwort „**ELV heute**“.

ELV ist eine international operierende Unternehmensgruppe mit insgesamt 650 Mitarbeitern, davon 200 in Niedersachsen am Standort Leer und 450 in China.

Den Kopf des Unternehmens bilden drei deutsche Gesellschaften: Eine Besitzhaltungsgesellschaft, die operative Aktiengesellschaft und eine dritte GmbH für Großkundengeschäfte. Unter dieser Ebene arbeiten zwei Hongkong-Gesellschaften, die eine als operatives Handelshaus, die andere als Muttergesellschaft für die chinesische Tochter. Dies ist die produzierende Gesellschaft mit derzeit 450 Mitarbeitern.

In den nächsten 3 Jahren soll hier die Kapazität auf über 1.000 Mitarbeiter aufgestockt werden. Das Ganze wird bei mir konsolidiert, d. h. sämtliche Anteile laufen bei mir zu 100 % zusammen.

Ein wesentlicher Faktor war und ist sicherlich die fruchtbare und konstruktive Zusammenarbeit mit unseren vielfältigen Geschäftspartnern, seien es Kunden, Lieferanten oder Partner in Entwicklung und Vermarktung.

Interessant sind die Synergieeffekte internationaler Zusammenarbeit von Wertschöpfung aus deutschem Know-how in Verbindung mit chinesischer Produktion.

In Deutschland haben wir als ein wesentliches Standbein eine leistungsstarke Entwicklungsabteilung, in der wir jährlich an die 100 komplett neue Produkte entwickeln.

Eine weitere Säule stellt die Produktion in China dar. Hier werden die von ELV in Deutschland entwickelten Produkte hergestellt. Dabei arbeiten wir auf höchstem internationalem Qualitätsniveau mit allen wesentlichen Zertifizierungen nach ISO 9000, VDE und VdS. Neben der Produktion für die eigene Vermarktung entwickeln und produzieren wir auch OEM-Produkte für namhafte deutsche Konzerne.

Das konzerneigene Produktionswerk befindet sich in Baoan, an der Südspitze von China. Eine interessante „virtuelle“ Reise über Hongkong zu diesem Werk mit einer „Werksbesichtigung“ wurde von Prof. Redecker launig und dennoch kompetent kommentiert.

Anschließend beschrieb der Redner das dritte wesentliche Standbein von ELV, die **eigene Vermarktung als Versandhaus**.

Zunächst ist da das **ELV Journal**, Deutschlands auflagenstärkstes Elektronik-Fachmagazin. Hier veröffentlichen wir alle 2 Monate elektronische Schaltungen und Geräte zum Selbstbauen und bieten sowohl Bausätze als auch Fertiggeräte an.

Dann der **ELV-Katalog**, mit einer Auflage von 500.000 Exemplaren. Bei einem Gewicht von gut 2 kg bedrucken wir hier alleine über 1.000 t Papier.

Mit einer Gesamtauflage von über 5 Mio. Werbeaussendungen, erzielen wir alleine in Deutschland einen Umsatz von über 30 Mio. E.

Hinzu kommt noch unser **Internetshop**; inzwischen erreicht uns fast die Hälfte aller Bestellungen über das Internet.

Im zweiten Teil seines Vortrages ging Prof. Redeker auf die Historie des Unternehmens ein und ermöglichte zahlreiche interessante Einblicke in seine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse beim Aufbau und der Entwicklung des Unternehmens. Dabei führte er u. a. aus: Mitte der 70er Jahre, nach Abschluss meines Studiums der Elektrotechnik, beschloss ich, mich in meiner ostfriesischen Heimat selbständig zu machen. So entstand dann, mit einer kleinen Startauflage von 5.000 Exemplaren, das ELV-Journal – heute Deutschlands auflagenstärkstes Elektronik-Fachmagazin.

Es wurden zunächst kleine und mittlere Elektronikgeräte zum Selbstbauen vorgestellt. Finanzieren sollte sich das Ganze über Werbeeinnahmen, was nicht ganz so klappte; aber immerhin – es trug sich.

Schon bald zeigte sich, dass es günstiger wäre, die Materialzusammenstellungen, sprich Bausätze und auch Bauteile, den Kunden anzubieten.

So wurde das Angebot noch innerhalb des ersten Jahres des Bestehens der jungen Firma erweitert.

Gut 10 Jahre später hatte sich das Produktspektrum so umfangreich entwickelt, dass der Werbeteil des Magazins aus allen Nähten platzte und 1990 ein eigenständiger Hauptkatalog herausgebracht werden konnte.

Mit den heute über 5 Mio. Werbeaussendungen pro Jahr und einer umfangreichen Internetpräsenz erreichen ELV täglich über 1.000 Bestellungen – in Spitzenzeiten über 2.000, die im Allgemeinen noch am selben Tag als Paket das Haus in Richtung Kunden verlassen.

...

So zählt ELV mit einem Ausstoß von 400.000 Paketen jährlich zu den 100 größten Postkunden in Deutschland.

Um den ständig wachsenden Anforderungen auch in Zukunft gerecht zu werden, investieren wir sowohl in China, den USA und selbstverständlich bevorzugt in Deutschland. Aktuell entsteht in Leer gerade unser neues Bürogebäude mit einer Gesamtfläche von 5.000 qm, das zum Jahresende bezugsfertig sein soll.

Im letzten Teil seines Vortrages beschäftigte sich Prof. Redeker mit dem überaus vielfältigen Produktionsspektrum seines Unternehmens. Dabei ging er besonders ausführlich auf drei der populärsten Geräte dieser großen Palette ein, nämlich einer Heizungsregelung, einer Wetterstation und einem pfeifigen Funk-Schließ-System; alles verständlich erläutert an projizierten Abbildungen.

An den Vortrag schloss sich unter Beteiligung zahlreicher Zuhörer eine ausgedehnte und interessante Diskussion an, in der Prof. Redeker sehr lebendig noch offen gebliebene Fragen zu seinem Unternehmen ausführlich und kompetent beantwortete. Dabei wurde insbesondere sein Engagement in China besprochen, wobei er auf die äußerst günstigen Bedingungen für die Produktion elektronischer Produkte in China durch Löhne, Arbeitszeiten und vor allem Motivation der meist jungen Mitarbeiter, auch chinesische Führungskräfte, einging.

Ebenso beschrieb er das vollautomatisch funktionierende und beispielhaft ausgeklügelte Auftrags- und Versandsystem seines Unternehmens.

Am 15. Juni galt der jährlich übliche Besuch eines Unternehmens im Raum Hannover dem „**Betrieb Hemme Milch GbR**“ in Sprockhof-Wedemark.

„Hemme Milch“ ist ein Bauernhof mit einer 400-jährigen Milchtradition mit mehr als 40 ha Weideflächen um den Stall herum, hofeigener Molkerei und einem hochmodernen „Melkkrussell“.

„Hemme Milch“ liefert im weiten Umkreis frei Haus tagesfrische Milch und hochwertige Milchprodukte aus eigener Erzeugung.

Nach der Begrüßung der 35 Mitglieder der Verbindungsstelle stellte der Betriebsleiter, Herr Jörgen Hemme, in einem ausführlichen und interessanten Vortrag sein Unternehmen in seiner Entwicklung und seiner heutigen Arbeitsweise vor.

Der Hof befindet sich seit dem Jahr 1589 – also seit mehr als 400 Jahren – im Familienbesitz. Er wurde über die Generationen als für die Gegend typischer Familienbetrieb mit Ackerbau und vielseitiger, starker Viehhaltung und Waldbau betrieben.

Gravierende Veränderungen- wie in zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben – durch Strukturwandel und gewisse Spezialisierung führten im Verlauf der letzten 50 Jahre zu dem heutigen reinen Milchviehbetrieb, ausschließlich mit Futterbau und etwa 200 Milchkühen. Seit 1992 ist der Hof ein anerkannter Vorzugsmilchbetrieb. Daraus ist durch immer weiteren Auf- und Ausbau die heutige „Direktvermarktung“ entstanden.

Von der Gesamtbetriebsfläche mit 230 ha sind neben Forstflächen 180 ha landwirtschaftliche Nutzfläche.

Hier werden 70 ha Mais als Viehfutter angebaut, der Rest ist Grünland, wovon mehr als 40 ha unmittelbar um den Stall herum liegen, wodurch die reine Milchviehhaltung sehr erleichtert wird.

Die Milchkühe geben im Durchschnitt 8800 l im Jahr bei 4,2 % Fettgehalt und einem Eiweißgehalt von 4,4 %; eine vergleichsweise beachtlich hohe Leistung.

Die Arbeit des Betriebes ist in drei Bereichen organisiert.

Der Bereich **Landwirtschaft** erstreckt sich auf die gesamte Produktion von Futterbau über Aufbereitung, Haltung und Fütterung sowie Melken, also die Milchproduktion bis zum Milchtank; hier arbeiten vier Beschäftigte.

Im Bereich **Milchverarbeitung** sind fünf Beschäftigte tätig und für Vertrieb und im Büro arbeiten drei Beschäftigte. Hinzu kommen etwa 20 sogen. „geringfügig Beschäftigte“ für die „Frei-Haus-Lieferung“ mit entsprechend ausgerüsteten Fahrzeugen (Kühltransporter).

Die Entwicklung des Ab-Hof-Verkaufes verlief so:

Seit 1992 war der Verkauf von sogenannter „Vorzugsmilch“, also unter hohen hygienischen und laufend kontrollierten Auflagen naturbelassener Rohmilch in Flaschen, unproblematisch und ihr reibungsloser Absatz wurde begünstigt durch die einsetzende Öko-Welle.

Ein 1997 von der Bundesregierung aus „heiteren Himmel“ erlassenes Verbot der Verkaufs von unbehandelter (unerhitzter) Rohmilch an öffentliche Einrichtungen, wie z. B. Schulen, Kindergärten oder Krankenhäuser, traf die Vorzugsmilchlieferanten hart und hat dazu geführt, dass von ehemals 80 solcher Betriebe heute kaum noch die Hälfte existiert.

Der Betrieb Hemme musste also kurzfristig eine kostspielige Milchverarbeitung aufbauen, um keine Kunden zu verlieren.

Heute wirbt er mit dem Slogan „**heute gemolken – morgen bei Ihnen auf dem Tisch**“ erfolgreich für seine Frischmilch und bietet darüber hinaus etwa 25 verschiedene Milchprodukte an, wie z. B. Jogurt, Speisequark, Vitalmolke mit unterschiedlichem Fruchtgeschmack und Trinkschokolade.

Die einzelnen Kunden werden je nach Wunsch 1- oder 2- mal die Woche beliefert. Das Liefergebiet erstreckt sich von Fallingbostal im Norden bis nach Hildesheim/Nordstemmen im Süden.

Der Verarbeitungsanteil der im Betrieb anfallenden Milch liegt bei etwa 30 %, der direkte Vermarktungsanteil – bei jahreszeitlicher Schwankung – bei 80 bis 90 %.

Ein anschließender Rundgang führte zunächst durch die zwei Kuhställe, danach durch die Molkerei und fand seinen Abschluss im Besucherraum mit Blick auf das darunter liegende sogen. „**Melkkarussell**“, in dem wir ab 16.00 Uhr den Melkvorgang beobachten konnten.

Den Abschluss des Besuches bildete eine lebhafte Diskussion bei einem Kaffeegedeck mit eigenen Milchprodukten, bei der Herr Hemme in einem regen „Frage- und Antwort-Spiel“ seine bei der Begrüßung gemachten Ausführungen vertiefte und präziserte und Fragen beantwortete.

Die Mitglieder-Jahresfahrt fand am 14. September statt und führte in den Raum Göttingen.

Unser Besuch galt zunächst dem „Bio-Energie-Dorf Jühnde eG“, wo in einem von Wissenschaftlern begleiteten Pilotprojekt die gesamte Energie für das Dorf Jühnde über nachwachsende Rohstoffe und biogene Reststoffe bereit gestellt werden soll.

Nach unserem Eintreffen auf dem Gelände der kurz vor der Inbetriebnahme stehenden Bioenergieanlage am Ortsrand von Jühnde wurden wir von **Herrn August Brandenburg**, Bürgermeister von Jühnde und zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der Betreiber-Genossenschaft, begrüßt. Er führte uns durch die Anlage, beschrieb den oft schwierigen Weg seit dem Jahr 2000 von der Geburt der Idee zu diesem bisher einmaligen Vorhaben bis zu seiner Verwirklichung, und erklärte mit Sachverstand und genauer Kenntnis der Entwicklung die geplante Arbeitsweise der Anlage, ihre Finanzierung und die erhofften wirtschaftlichen Vorteile für das gesamte Dorf.

Dabei wurde den Besuchern klar, wie viel ehrenamtliches Engagement über viele Jahre und wie viel Idealismus von Herrn Brandenburg selbst als offensichtlich treibende Kraft des Vorhabens erbracht wurden. Er wies aber immer wieder darauf hin, dass viele andere Beteiligte mit ebenso viel ehrenamtlichem Engagement zur Verwirklichung dieses gerade im Zeichen der derzeitigen Energiekrise vielleicht wegweisenden Vorhabens beigetragen haben. Jühnde ist ein stark landwirtschaftlich geprägtes Dorf mit neun landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben, in denen Milchviehhaltung, Schweinemast und Marktfruchtanbau betrieben wird. Entscheidend für die Umsetzung des Pilotprojektes war der fast einmütige Beschluss der Dorfgemeinschaft zur Umsetzung, im Wissen um die Risiken – auch in finanzieller Beziehung – aber auch die wirtschaftlichen Chancen des Vorhabens sowie die offene und ehrliche Information über alle Vorgänge bei Planung und Bau durch die verantwortlichen Akteure gegenüber den Dorfbewohnern und damit den Mitgliedern der hierfür gegründeten Genossenschaft.

Im Mittelpunkt der Energieerzeugung steht eine Biogasanlage mit 700 kW elektrischer Leistung. Zur kommenden Heizperiode soll sie Strom und Wärme liefern. Während die Wärme an die angeschlossenen Haushalte fließt, wird der Strom ins Netz eingespeist. 65 % der Wärme soll die Biomasse liefern, 30 % das Holzheizwerk mit 550 kW und den Rest ein Heizöl-Spitzenlastkessel.

Mit dieser Kombination ist es möglich, die heimischen Landwirte mit einzubeziehen, die Gülle und Energiepflanzen für die Biogasanlage liefern.

Sechs von neun Landwirten aus Jühnde sind an der Biomasselieferung beteiligt, zwei Betriebe liefern nur Gülle. Benötigt werden jährlich etwa 10.000 t Frischmasse sowie 9000 m³ Gülle. Rund 200 ha bzw. 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Jühnde dienen dem Energiepflanzenanbau.

Die Energielieferung wird genossenschaftlich organisiert. Alle Mitglieder können unabhängig von ihrer Kapitaleinlage an Entscheidungen mitwirken. Im Vorstand der Genossenschaft sitzen ein Landwirt und ein Wärmekunde. Mitglieder sind Hausbesitzer, Mieter und Landwirte aus Jühnde, aber auch aus der Umgebung. Etwa 70 % aller Haushalte in dem 800-Seelen-Dorf sind bereit, an das Nahwärmenetz angeschlossen zu werden.

Die Kosten des Projektes betragen etwa 5,2 Mio. Euro, wovon etwa 30 % Fördermittel von Bund, Land, Landkreis Göttingen und der Gemeinde selbst fließen, der Rest wird selbst finanziert. Hierfür bringen die Wärmeabnehmer nach Zeichnung von drei Anteilen an der Genossenschaft von je 500,00 €, einer Anschlussgebühr von 1.000,- €, einer jährlichen Grundgebühr von 500,- € und 4,9 Cent je kWh an Wärmekosten auf.

Nach Inbetriebnahme der Anlagen und Abschluss der Außenarbeiten werden voraussichtlich zu Wartung und Betrieb zwei Arbeitskräfte eingesetzt werden müssen.

Die Betreiber-Genossenschaft rechnet mit einem jährlichen Umsatz von 800.000,00 Euro.

Die zweite Station der Jahresfahrt war ein Besuch des Unternehmens „Sartorius AG“, heute ein international führender Labor- und Prozesstechnologie-Anbieter mit den Segmenten Biotechnologie und Mechatronik.

Nach einer kurzen Busfahrt trafen wir am sogenannten „Sartorius College“ ein, einem wunderschönen modernen Gebäude aus Glas, Stahl und edlem Holz mit hellen Tagungsräumen und modernster Tagungstechnik. Hier werden Fachschulungen aus den Bereichen Biotechnologie und Mechatronik für Produktkunden, Seminare, Vorträge und Kongresse rund um Themen, die ein Unternehmen bewegen und Diskussionsveranstaltungen für die Öffentlichkeit im Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft veranstaltet.

Hier wurden wir von **Herrn Karl Bracht**, „Senior Vice President Business Development und Regulatory Affairs“, der Sartorius AG, begrüßt.

In einer ausführlichen, sehr engagiert vorgetragenen Präsentation schilderte Herr Bracht die „Sartorius AG“ als ein gutes Beispiel für Technologie-Transfer. Er ging auf die geschichtliche Entwicklung des Unternehmens, seine derzeitigen weltweiten Aktivitäten, die einzelnen Unternehmenssparten und die besondere Unternehmensphilosophie ein.

Der Sartorius Konzern ist ein international führender Labor- und Prozesstechnologie-Anbieter mit den Segmenten Biotechnologie und Mechatronik. Der Technologiekonzern erzielte im Jahr 2004 einen Umsatz von 567,6 Millionen Euro. Das 1870 gegründete Göttinger Unternehmen beschäftigt zurzeit rund 3.750 Mitarbeiter. Das Segment Biotechnologie umfasst die Arbeitsschwerpunkte Filtrations- und Separationsprodukte, Bioreaktoren sowie Proteomics. Im Segment Mechatronik werden insbesondere Geräte und Systeme der Wäge-, Mess- und Automationstechnik für Labor- und Industrieanwendungen sowie Gleitlager hergestellt. Die wichtigsten Kunden von Sartorius stammen aus der pharmazeutischen, chemischen sowie der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie und aus zahlreichen Forschungs- und Bildungseinrichtungen des öffentlichen Sektors.

Der Sartorius-Konzern ist mit 58 Gesellschaften in 27 Ländern vertreten und verfügt insgesamt in Europa, Asien und Amerika über eigene Produktionsstätten sowie über Vertriebsniederlassungen und örtliche Handelsvertretungen in mehr als 110 Ländern. Besonders ausführlich ging Herr Bracht auf die Kernkompetenz des Unternehmens in der Separationstechnik, insbesondere der Membranfiltration ein. Sartorius ist der größte europäische Membranhersteller mit einer vollständigen Membranpalette.

Den Abschluss des Besuches bildete ein Rundgang durch die Membranproduktion.

Als letzte allgemeine Veranstaltung des Jahres 2005 fand am 9. November im Rahmen der „Agritechnica 2005“ der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft e. V. auf dem Messegelände Hannover ein Forumsgespräch mit Diskussion zum Thema „Biowärme aus nachwachsenden Rohstoffen“ statt.

Auf dieser weltweit größten Landwirtschaftsausstellung vom 8. bis 12. November 2005 mit über 1500 Ausstellern aus 35 Ländern hatte die DLG mit einem erstmals eingerichteten „**Zentrum Bioenergie und Nachwachsende Rohstoffe**“ einen Besuchermagneten etabliert.

Die Kraft-Wärme-Kopplung mit der dezentralen Verbrennung energieneutraler Brennstoffe wie Holz oder die Biogas-Erzeugung mit Stromgewinnung und Nutzung der dabei entstehenden Wärme in Nah- und Fernwärmesystemen ist eine sehr effiziente Methode der Energiegewinnung. „Biowärme“ aus nachwachsenden Rohstoffen ist immer mehr im Kommen. Die Möglichkeiten und Grenzen von Biowärme aufzuzeigen, war deshalb das Ziel dieses Forumsgesprächs auf der Agritechnica, das von der Verbindungsstelle Landwirtschaft-Gewerbliche Wirtschaft Hannover e. V. organisiert worden war. Die Gesprächsteilnehmer waren **Carsten Brüggemann**, Energieberater bei der Landwirtschaftskammer Hannover und **Michael Kralemann**, Leiter der Fachinformationsstelle Bioenergie Niedersachsen (BEN). Moderiert wurde die Diskussion von Fachjournalist **Hinrich Neumann**.

Hier eine Zusammenfassung der Forumsbeiträge:

- Biogas-Blockheizkraftwerke, Holzheizwerke und ähnliche Anlagen produzieren Wärme für den eigenen Bedarf bis hin zur Versorgung von Kommunen, Industrie und Gewerbe. Es gibt heute schon einige Erfolg versprechende Beispiele einer Zusammenarbeit zwischen Kraftwerksbetreibern und Wärmeabnehmern.
- Bereits bei der Planung von Biogasanlagen muss der Betreiber die Frage klären, wie viel Wärmebedarf und zu welchen Zeiten dieser besteht.
- Kraft-Wärme-Kopplung mit Biobrennstoffen ist der umweltfreundlichste Weg, Wärme und elektrische Energie zu produzieren.
- Bei Holzgaserzeugung und Verwendung von Pflanzenöl fehlen technische Erfahrungen.
- Bioenergie muss **standardisiert** werden, um sie an übliche Anlagen anzupassen. Holzpelletheizungen sind inzwischen im kleineren Bereich beliebt, aber verursachen hohe Kosten.
- „Contracting“ als Mittler zwischen Produzent und Wärmeverbrauch ist im Gewerbe bereits etabliertes Instrument.
- Verbrennung von Getreide – als „Pellets von Natur aus“ – bietet sich an, hat aber technische und insbesondere ethische Hürden zu nehmen.
- Überlegungen zur Einführung eines neuen landwirtschaftlichen Betriebszweiges „Energieproduktion“ werden durch hohe Rohölpreise und verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen (EEG) positiv beeinflusst,

Auf Einladung des Vorstandsmitgliedes der Verbindungsstelle, **RA und Notar Friedrich von Lenthe, Vorsitzender des Aufsichtsrates der VGH**, fand am **14. Dezember** die zum Jahresende übliche gemeinsame Sitzung von Vorstand und Beirat in den Räumen der **Versicherungsgruppe Hannover (VGH)** statt.

Nach Begrüßung der anwesenden 30 Damen und Herren von Vorstand und Beirat der Verbindungsstelle bedankte sich der Vorsitzende des Vorstandes, **Dipl.-Ing. Wolfgang Meinecke**, bei den Herren **von Lenthe** und **Thomas Vorholt**, Mitglied des Vorstandes der VGH, für die Einladung zur Sitzung und bei **Herrn Abteilungsdirektor Hermann Stockmeier** für seine Bereitschaft, im Anschluss an die Regularien zu Fragen der Produkt-Haftpflichtversicherung zu referieren.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung übergab der Vorsitzende dem Hausherrn, Herrn Thomas Vorholt, das Wort für einige einführende Sätze zum Unternehmen „**Versicherungsgruppe Hannover**“.

Herr Vorholt gab – untermauert durch einprägsame projizierte Folien – einen interessanten Einblick in Entstehung, Entwicklung und derzeitigen Stand der Aufgaben und Leistungen der Unternehmensgruppe VGH.

Die kontinuierliche Entwicklung des heutigen Marktführers VGH in Niedersachsen begann mit Gründung der **Landwirtschaftlichen Brandkasse Hannover** im Jahr 1750 und dem Zusammenschluss zur VGH im Jahr 1957 mit der im Jahr 1918 gegründeten **Provinzial Lebensversicherung Hannover**. Sie setzte sich fort in den Jahren von 1983 bis zum Jahre 2002 durch den Verbund mit öffentlichen Versicherungen in Bremen, Sachsen-Anhalt, Ostfriesland, Oldenburg und der **Provinzial Krankenversicherung Hannover** und der **Provinzial Pensionskasse Hannover**.

Die Beteiligungsstrukturen zwischen VGH und den Sparkassen in Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt und öffentlichen Versicherern in Berlin und Brandenburg machen die VGH zum umsatzstärksten Versicherer in Niedersachsen mit einem Gesamtbeitragsvolumen von etwa 2 Mrd. EURO.

Die Versicherungsleistungen der VGH auf den Gebieten der **Kompositversicherungen** – z. B. Sach-, Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrt- und Rechtsschutzversicherungen – und den **Personenversicherungen** – wie Einzel-, Kollektiv-, Zusatz, Kranken- und Pensionsversicherungen – sind so vielfältig, dass jeder fünfte Niedersachse Kunde bei der VGH ist.

Mit beeindruckenden Kennzahlen aus dem Geschäftsjahr 2004 beendete Herr Vorholt seine Ausführungen.

Insgesamt 5.369 Mitarbeiter im Innendienst, in 671 Vertretungen und Sparkassen-Geschäftsstellen betreuen rd. 5,5 Mio. Verträge bei rd. 1,6 Mio. Kunden und buchten Beiträge von etwa 1,6 Mrd. EURO.

Herr RA und Notar Friedrich von Lenthe, hatte sich erboten, im Anschluss an die kurze Vorstellung des Unternehmens durch Herrn Vorholt aus aktuellem Anlass einige Ausführungen zur Struktur der öffentlich-rechtlichen Versicherer in Deutschland und insbesondere in Niedersachsen zu machen.

Er stellte zunächst fest, dass gute Unternehmensdaten – wie z. B. vorher gehört – zwar vordergründig gut und beruhigend sind, dass aber im Bereich der öffentlich-rechtlichen Versicherungen auch Probleme ins Haus stehen.

Anhand einer farbigen Folie, die die bestehenden Strukturen der öffentlich-rechtlichen Versicherer in ganz Deutschland, also auch in Niedersachsen darstellen, machte Herr von Lenthe die anstehenden Probleme ausführlich deutlich.

Alle öffentlich rechtlichen Versicherer außerhalb Niedersachsens sind inzwischen in Aktiengesellschaften umgewandelt worden, wenn auch z. Tl. in einem „öffentlich-rechtlichen“ Kleid. Die Konstruktion als AG ist der vermeintliche Schlüssel zu Möglichkeiten, sich zu größeren Einheiten zusammenzufinden.

Danach wurde neben den erforderlichen Regularien im Rahmen der Tagesordnung – Haushaltsabwicklung 2005 und Haushaltsplan 2006 – die Arbeitsplanung für das Jahr 2006 ausführlich besprochen und einvernehmlich beschlossen. Daneben wurden von den Sitzungsteilnehmern eine Reihe von Beiträgen geleistet, die sich u. a. mit Anregungen für zukünftige Veranstaltungen befassten.

Nach Abschluss der Regularien übergab der Vorsitzende das Wort zu seinem angekündigten Vortrag an **Herrn Stockmeier**, der unter Benutzung projizierter Folien zu Fragen der landwirtschaftlichen Haftpflichtversicherung, insbesondere der Produkt-Haftpflichtversicherung referierte.

Zunächst nannte er einige Zahlen zu den landwirtschaftlichen Betrieben im Land und zu den Marktanteilen der VGH und deren positive Entwicklung in den letzten Jahren, um dann zu den speziellen Fragen der Produkt-Haftpflichtversicherung ausführlich Stellung zu nehmen. Dabei stellte er zunächst klar, dass eine Produkt-Haftpflichtversicherung eine erweiterte Form der Betriebs-Haftpflichtversicherung darstellt und der Landwirt sich unter Berücksichtigung der z. Tl. neuen gesetzlichen Regelungen in der EU und den einzelnen Ländern drei Fragen zu stellen hat:

1. Ist aufgrund des Produkthaftpflichtgesetzes (ProdHG) eine erweiterte Produkthaftpflichtversicherung erforderlich?
2. Wann ist überhaupt eine Produkthaftpflichtversicherung erforderlich?
3. Welchen Umfang hat die Produkthaftpflichtversicherung?

Darüber hinaus muss geklärt werden, welche gesetzlichen Haftungsansprüche können geltend gemacht werden und welche Voraussetzungen müssen bei verschuldensunabhängiger Haftung gegeben sein?

Ausführlich beschrieb Herr Stockmeier die neue gesetzliche Situation ab 1.12.2000, die sich aus dem Produkthaftungsgesetz ergeben hat und erläuterte an zahlreichen Beispielen aus der landwirtschaftlichen Praxis, welche Personen – bzw. Sachschäden eventuell während eines Herstellungs- bzw. Produktionsvorganges landwirtschaftlicher Urprodukte geltend gemacht werden können.

Aber: Das Produkthaftungsrisiko ist durch das ProdHG eventuell erheblich größer geworden. Eine Betriebshaftpflichtversicherung ist daher wichtiger denn je. Eine Erweiterung ist dann wichtig, wenn der Landwirt seinen Produkten bestimmte Eigenschaften zusichert, diese Produkte von Abnehmern mit anderen Produkten vermischt oder verarbeitet werden.

Also: Die Betriebshaftpflicht tritt ein, wenn durch das gelieferte Produkt Personen- und/oder Sachschäden eintreten. Die erweiterte Produkthaftpflichtversicherung ersetzt darüber hinaus Personen-, Sach-, und Vermögensschäden Dritter, auf die sich die gegebene Zusicherung erstreckt und bestimmte Vermögensschäden Dritter.

An den mit viel Beifall aufgenommenen Vortrag schloss sich noch eine interessante Diskussion an.

Neben der Organisation der in diesem Bericht beschriebenen Veranstaltungen und der Verfassung ausführlicher Berichte hierüber zur Information der Mitglieder und befreundeter Institutionen hat sich der Geschäftsführer bemüht, im Rahmen seiner Möglichkeiten weitere Aktivitäten zu entwickeln.

Die Teilnahme an zahlreichen Pressekonferenzen, der Besuch von Ausstellungen und Veranstaltungen von Mitgliedsorganisationen ergaben die Möglichkeit, gewonnene Informationen gezielt an die Mitglieder weiterzugeben und die Aufgabe der Verbindungsstelle nach außen darzustellen.

Durch die Übersendung weiterer aktueller Veröffentlichungen aus gewerblicher Wirtschaft und Landwirtschaft im Zusammenhang mit Einladungen und Berichten zu eigenen Veranstaltungen hat sich der Geschäftsführer bemüht, den Mitgliedern zusätzliche Informationen zukommen zu lassen.

In Fortführung der Aktivitäten des Geschäftsführers im Rahmen des **Gesprächskreises Industrie - Landwirtschaft Sachsen-Anhalt** hatte er auch im Jahr 2005 Gelegenheit, bei Besuchen in dortigen Unternehmen interessante Einblicke in die Wirtschaft Sachsen-Anhalts zu gewinnen.

Am Schluss des Jahresberichtes möchte sich der Geschäftsführer wiederum bei Mitgliedern, Freunden und Förderern der Verbindungsstelle dafür bedanken, dass sie ihm, wie in den Jahren zuvor, auch 2005 durch wohlwollende Unterstützung seine Arbeit ermöglicht haben.

Verbunden mit diesem Dank ist die Bitte, auch zukünftig durch Anregungen, aber auch Inanspruchnahme der vorliegenden Informationen die gemeinsame Arbeit der Verbindungsstelle erfolgreich mitzugestalten. Sein besonderer Dank galt den Mitgliedern von Vorstand und Beirat für die so vertrauensvolle und anerkennende Zusammenarbeit.

P. S. Die ausführlichen Berichte der beschriebenen Veranstaltungen können bei der Verbindungsstelle angefordert werden.